



Nr. 136. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 21. März 1878.

## Denkschland.

### O. C. Landtags-Verhandlungen.

70. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 20. März).  
12 Uhr. Am Ministerische Achenbach, Fall, Geh. Räthe Weishaupt,

Friedl, Rötger.  
Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Fertigstellung der Berliner Stadt-Eisenbahn für Staatsrechnung.

Im § 1 des Gesetzes verlangt die Regierung die Ermächtigung, in einer zu dem Ende einzuberufenden Generalversammlung der Actionäre der Berliner Stadteisenbahn-Gesellschaft für die Auflösung der Berliner Stadteisenbahn-Gesellschaft zu stimmen und die Berliner Stadtbahn für Rechnung des Staates fertig zu stellen.

S 2 bestimmt: Der erforderliche Gelddararf: 1) zur Deckung des in Folge der Auflösung der Berliner Stadteisenbahn-Gesellschaft entstandenen Ausfalls am Anlage-Capital, sowie 2) zur Deckung der zur Vollendung der Bahn erforderlichen Mittel über den, dem Gesetz vom 20. März 1874 zum Grunde liegenden Kostenanschlag hinaus, einschließlich der Mittel für über den Bedarf angekaufte, beziehungsweise anzukaufende und später wieder zu veräußernde Grundstücke im Gesamtbeirage von 25.700.000 Mark wird durch Veräußerung eines entsprechenden Beitrages von Schuldverschreibungen aufgebracht. Der durch die Veräußerung von über Schulden angekaufte Grundstücke bzw. Grundstücksteile erzielte Erlös ist in Anrechnung auf die Staatsregierung bewilligt, noch offen stehenden Credits zu verwenden.

S 3 lautet: Jede Verfügung über die Berliner Stadteisenbahn durch Veräußerung bedarf zu ihrer Rechtsgültigkeit der Zustimmung beider Häuser des Landtags.

Die §§ 4 und 5 enthalten Ausführungsbestimmungen.

Die Budget-Commission beantragt:

1) Dem Gesetzentwurf am Schlüsse des § 2 die Worte hinzuzufügen: „und darüber dem Landtag alljährlich Bericht zu erstatten“, im Uebrigen den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

2) In Erwähnung, daß in dem Verfahren der Staatsregierung gegenüber der Deutschen Eisenbahnbaugesellschaft eine Rechtsverletzung nicht nachgewiesen ist, daß die Grundsätze, nach welchen der Vertrag mit den Privatgesellschaften abgeschlossen ist, auf das Verhältnis der Deutschen Eisenbahnbaugesellschaft nicht anwendbar sind, daß bis jetzt annehmbare Vorschläge zu einem Vergleich von der Deutschen Eisenbahnbaugesellschaft nicht gemacht worden sind, über die Petition der Deutschen Eisenbahnbaugesellschaft zur Tagesordnung überzugeben.

Die Discussion erstreckt sich zunächst auf § 1.

Referent Abg. Birchow: Die gegenwärtige Vorlage, welche den Übergang der Bahn in Staatsbesitz sichert, wird einen unerträglichen und von Jahr zu Jahr bedenklichen wiedenden Zustand befehligen. Die Budget-Commission war bei ihrer Beschlussfassung vor die Alternative gestellt: entweder die Bahn liegen zu lassen, wie man dies von gewisser Seite wünschte, oder die Bahn in Staatsverwaltung zu übernehmen. Die Sichtung ist von uns als ernstliches Project nicht behandelt worden; wir hielten es für unmöglich, nachdem eine so große Geldsumme verwendet worden ist — darunter allein 20 Millionen für Grunderwerb — das Project fallen zu lassen. Wir betrachteten nur die Frage, unter welchen Modalitäten der Übergang in Staatsbesitz erfolgen sollte. Dieser Übergang wurde in der Form vorgeschlagen, daß die bestehende höchst wunderbare Aktiengesellschaft ausgelöst wird und der Staat allein sich in den Besitz der bereits erworbenen Grundstücke und ausgeführten Arbeiten setzen soll.

Hierbei wird vorausgesetzt, daß die Aktionen der Deutschen Eisenbahnbaugesellschaft caducirt werden. Bekanntlich war diese Gesellschaft, von der das Project ausgegang, bereits bei der zweiten Ratenzahlung insuffizient und blieb von da ab im Klaßstand. Es wird nun vorgeschlagen, daß sich die Stadtbahn-Gesellschaft im Wege des Disputationssprozesses mit der Eisenbahn-Gesellschaft auseinanderzu ziehen habe. Die Regierung caducirt die Aktionen-Beteiligung dieser Gesellschaft und legt einen neuen Vertrag vor, der sich nur mit dem Staat und den drei Eisenbahn-Gesellschaften, Berlin-Hamburger, Magdeburg-Halberstädter und Berlin-Potsdam-Magdeburger beschäftigt. In diesem Vertrag ist den Privatbahnen auferlegt worden, sich mit einem gewissen Betrag derjenigen Summen, welche sie auf ihre Aktionenzeichnungen bereits eingezahlt haben, an den Kosten zu beteiligen. Gegenüber diesen Verlusten erhalten diese Bahn-Gesellschaften aber erhebliche Vortheile: es werden ihnen nicht nur ihre Ansprüche an die Stadtbahn vorbehalten, sondern es wird ihnen auch gestattet, ihre Bahn direct bis zur östlichen Endstation der Stadtbahn durchzuführen. Auf den ersten Blick mag diese Concession als weitgehend erscheinen, aber es muß constatirt werden, daß diese Gesellschaften träge des Eisenbahn-Gesetzes, falls dieses auf das eigentümliche Verhältnis angewendet wird, für sich bedeutende Ansprüche erheben könnten, speziell auch den des Anschlusses. Wenn aber außer dem Anschluß auch zugestanden wird, die Bahn bis zum Ende der Stadtbahn durchzuführen, so meint die Regierung, daß ihr aus diesem Transport erhebliche finanzielle Vortheile erwachsen, indem andererseits die Bahnen auf eventuelle Wagnisse seitens der Stadtbahn verzichten.

Was die finanzielle Seite der Frage betrifft, so war bereits früher darauf hingewiesen worden, daß die ausgeworfenen Summen nicht ausreichen würden. Die Regierung bestritt dies Anfangs, legte aber dann doch einen neuen Kostenanschlag vor, in welchem die nötig gewordenen Mehrforderungen mit den Mehrausgaben für den Grunderwerb motivirt wurden. Allerdings meint die Regierung, daß diese Mehrforderung sich später um 8 Millionen erhöhen werde, weil man Grundstücke über Bedarf angekauft habe, die später wieder veräußert werden könnten. Aber das läßt sich heute nicht beurtheilen. Aehnlich verhält es sich betrifft der Zuschüttung des Königsgrabens. Es ist hier die Frage: soll man die alten Festungsgräben ganz zuschütten oder in- oder über denselben die Bahn fortführen. Gegen die letztere Eventualität sprechen Bedenken, da der Graben einen sehr schwachen Fluß hat und sich leicht Excremente anhäufen würden, namentlich an den zu errichtenden Pfeilern. Man hat namentlich betont, daß die Fluthverhältnisse der Spree die Zuschüttung verbieten. Gegenwärtig schwanken zwischen der Regierung und der Stadt Berlin diesbezügliche Verhandlungen. Die Regierung hofft, daß die Stadt die günstige Gelegenheit, das für die kommunalen Interessen hochwichtige Werk auszuführen, nicht unbenuzt vorübergehen lassen wird, zumal finanziell seitens der Regierung weitgehende Zusicherungen gemacht worden sind. Insbesondere hat die Regierung sich bereit erklärt, das gesamte Terrain des Königsgrabens, soweit es nicht zu Stadtbahnzwecken in Anspruch genommen wird, unentgeltlich herzugeben. Finanziell wichtig ist auch die Frage der Bahnhöfe. Man hat den ursprünglich projectirten dritten Bahnhof fallen gelassen und den niederschlesisch-märkischen als östlichen Ausgangspunkt und als westlichen einen Bahnhof in der Nähe von Charlottenburg in Betracht gezogen.

Zu den Kosten des letzteren trägt die Stadtbahn  $\frac{1}{2}$  und jede der beteiligten Eisenbahn-Gesellschaften, sowie die Berlin-Westlärer und die Niederschlesisch-Märkische je  $\frac{1}{2}$  bei. Künftig sollen auch in gleichem Verhältniß die Kosten der Unterhaltung, Erneuerung und Verwaltung dieses Bahnhofes repartiert werden, so daß es sich hier um Ausgaben handelt, die augenblicklich noch gar nicht übersehen lassen und die in den späteren Etablissementen vorgelegt werden. Die im Entwurf geforderten Summen sind also in ihrer Totalität keineswegs diejenigen, welche unmittelbar für die betriebsmäßige Herstellung des Unternehmens notwendig sind, es werden noch eine ganze Reihe von Millionen notwendig werden. Trotz dieser Unsicherheit empfiehlt die Budget-Commission die Annahme der Vorlage, da eine andere Möglichkeit, der Sache beizutreten, wohl schwer wird erachtet werden können. Wir befinden uns in einer Zwangslage und zur Beleidigung derselben stellt der Gesetzentwurf die mindesten Anforderungen. Vorbehalt unterscheidet sich die Vorlage von der früheren dadurch, daß sie keine Rentabilitätsberechnung aufstellt. Die frühere Vorlage sah nur rosig Wöhlt in am Horizont, die gegenwärtige ist zurückhaltend. Sollte eine Rentabilität eintreten, so wird sie jedenfalls weniger bei der Stadtbahn selbst zum Ausdruck gelangen, als sich vielmehr durch bessere Betriebsverhältnisse

der anschließenden Bahnen bemerklich machen. Der vorgeschlagenen missbilligenden Resolution gegen die Regierung beizutreten, fand die Budget-Commission keine Veranlassung, weil sie es nicht für opportun hielt, im gegenwärtigen Augenblick bei einer Nebenfrage gewissermaßen eine Frage der Ministerverantwortlichkeit zu stellen.

Abg. Berger: Der § 1 des mit der Stadtbahn-Gesellschaft abgeschlossenen Vertrages lautet: „Ob und unter welchen Bedingungen nach einwiger Einrichtung eines Güterverkehrs auf der Stadtbahn der Güterverkehr der Privatbahnen auf die Stadtbahn überzuführen ist, bleibt besonderer Vereinbarung vorbehalten. Nach Zulassung des Güterverkehrs der einen der drei beheimateten Eisenbahn-Gesellschaften darf den übrigen die Aufnahme ihres Güterverkehrs unter den gleichen Bedingungen nicht veragt werden.“ Der Wortlaut dieses Paragraphen ist von einer ganz besonderen Clasticität. Die gegenwärtige Lage ließ allerdings kaum eine andere Fassung zu, weil ja noch gar nicht abzusehen ist, ob und wann der Güterverkehr eingerichtet werden kann; jedenfalls wird sich die Bahn zunächst nur mit dem Personenverkehr beschäftigen. Seit einigen Jahren bin ich in Eisenbahnfragen sehr misstrauisch geworden. Wenn der Staat eine der drei beheimateten Eisenbahnen ausspielen sollte, dann würde dieser Paragraph auf die beiden anderen Eisenbahnen nicht Anwendung zu finden brauchen; denn ein anderer Eisenbahnminister — und es schweben ja allerlei Gerüchte in der Luft — könnte sich mehr von Concurrenzstreitigkeiten leiten lassen, als von den allein maßgebenden Rücksichten auf das öffentliche Interesse. Ich bitte also den Handelsminister, mir eine Erklärung dahin zu geben, daß wenn dermaleinst der Güterverkehr eingerichtet werden wird, lediglich die Rücksichten des öffentlichen Interesses, nicht die Concurrenzinteressen der Staatsbahnen entscheidend sein sollen.

Handelsminister Achenbach: Ich kann mich darauf beschränken, die Frage des Vorredners absolut zu bejahen. Die Staatsbahnverwaltung wird niemals ihre Privatinteressen in den Vordergrund treten lassen.

I wird darauf angenommen. Zum § 2 hat die Commission einen Zusatz beantragt (§. o.), den Referent Birchow damit motivirt, daß der Landtag stets wissen müsse, wie der Erlös aus den zu verlaufenden Grundstücken verwendet werde. Eine Verminderung der Gesamtsumme konnte nicht eintreten, weil sich der in Frage kommende Etat in  $\frac{1}{2}$  überdecken ließ. Sollten sich spätere Nachtheile herausstellen, so liege es immer noch in der Hand der Volksvertretung, eine Änderung eintreten zu lassen.

Das Haus genehmigt den § 2 mit dem Antrage der Commission und ohne Debatte die folgenden §§ 3—5.

Es folgt die Bereitung der von der Commission vorgeschlagenen Resolution (§. o.), für welche Abg. Stengel folgende Fassung vorschlägt: „Durch den Besluß des Hauses über den Gesetzentwurf, betreffend die Stadtbahn, die Petition der Deutschen Eisenbahnbaugesellschaft für erleidigt zu erklären.“

Referent Abg. Birchow behauert den persönlichen Charakter, welchen die Angelegenheit in der Behandlung nicht nur auf Seiten der Deutschen Eisenbahnbaugesellschaft, sondern auch auf Seiten der Staatsregierung angenommen habe. Durch die Schriftstücke der Deutschen Eisenbahnbaugesellschaft ziehe sich wie ein rother Faden der Gedanke, daß namentlich in der Conferenz vom 17. September 1873 vom Ministerialdirektor Weishaupt im Namen der Staatsregierung ihre Versprechungen gemacht seien, wonach die Stadtbahn-Gesellschaft für sechs Millionen Thaler Grundstücke von ihr kaufen werde, und daß diese Bulage Seitens der Staatsregierung nicht gehalten werden sei. Die Regierung dagegen legt der fraglichen Auferkennung des Ministerialdirectors Weishaupt keinen bindenden Charakter bei; dieselbe habe nur den Wert einer persönlichen Meinungsäußerung. Für die Budget-Commission könnten nur solche Rechtsansprüche der Deutschen Eisenbahnbaugesellschaft maßgebend sein, welche aus den schriftlichen, vom Landtage genehmigten Verträgen hervorgehen. Die Commission habe aber den Eindruck gewonnen, daß die Art der Verhandlung Seitens der Staatsregierung auf die Ansprüche der Deutschen Eisenbahnbaugesellschaft größerer Einfluß üben mußte, als aus den Verträgen erschilt. Demgemäß lasse der Commissionanttag auch die Möglichkeit eines willigen Vergleiches offen.

Abg. Stengel motivirt seinen Antrag mit dem Hinweis, daß das Beleitum der Deutschen Eisenbahnbaugesellschaft, den Gesetzentwurf nur mit der ihr gewünschten Maßgabe anzunehmen, durch die unveränderte Annahme derselben durch das Haus erledigt sei.

Abg. v. Venzen erkennt ebenfalls in der jetzigen Lage der Sache den Antrag Stengels als den allein richtigen an. Die Budget-Commission habe der Regierung weber ein Mißtrauen noch ein Vertrauen abstimmen wollen; sie gebe kein Urteil über die sittlichen Momente des Angelegenheit und gebe auch keine Engagements ein. Sie verwahre sich aber gegen die Annahme des Regierungscommisars, als ob die Deutsche Bahn-Gesellschaft durch ihre Haltung in der vorliegenden Petition das Recht auf billige Abschöpfung verwarf habe.

Abg. Graf Limburg-Stern spricht ebenfalls für den Antrag Stengel. Der Commissionsantrag gebe doch ein gewisses Engagement ein, indem er der Regierung die Directive zum Abschluß eines Vergleichs mit der Deutschen Eisenbahnbaugesellschaft ertheile.

Die Discussion wird geschlossen.

Referent Abg. Birchow: In der Budget-Commission hat die Staatsregierung den hier vorliegenden Commissionsantrag als den annehmbaren erklärt. Von allen Seiten ist zugestanden worden, daß die vorliegenden Verhältnisse derart sind, daß weitere Verhandlungen, die zu einem anderen Abschluß führen würden, nicht bloß zulässig, sondern sogar erwünscht sind. Es handelt sich hier darum, ob in diesen Dingen eine immer weiter gehende Erregung herrsche, mögen auch die Organe der Staatsregierung dabei im Recht sein, oder ob wir sie zu einem bestreitenden Abschluß bringen. Das ist klar, daß die Grundsätze, nach denen die anderen Gesellschaften behandelt werden, auf die Deutsche Bahn-Gesellschaft nicht angewendet werden können. Wenn Sie den Übergang zur Tagesordnung in der vorgeschlagenen Form beschließen, so ist ein weiteres Verfahren dadurch nicht ausgeschlossen.

Der Commissionsantrag wird hierauf abgelehnt und der Antrag Stengel angenommen.

Schluß 2½ Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Stadtbahn, Anträge und Petitionen.)

Berlin, 20. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Obersten v. Geisler aggregirt dem Generalstabe der Armee und Chef des Stabes der 3. Armee-Inspektion, und dem Oberst-Lieutenant v. Uruhle, Chef des Generalstabes des IX. Armeecorps, den Roten Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife und Schwertern am Ringe; dem Hofmarschall Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Friedrich Carl von Preußen, Kammerherrn Grafen v. Kanis, dem Major a. D. und Kammerherrn Grafen v. Schlippenbach, dientstbüro bei Ihrer Königlichen Hoheit der Prinzessin Friedrich Carl von Preußen, und dem Major im 1. Garde-Landwehr-Regiment und Kammerherrn Grafen v. Schedendorff, dientstbüro bei Ihrer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit der Kronprinzessin, den Roten Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife; dem Hauptmann v. Brandenburg, Inf.-Regt. Nr. 52, Röss, Hauptm. vom 3. Ostpreuß. Fuß.-Regt. Nr. 33, zum etatism. Stabs-Offizier ernannt. Golt, Major aggr. dem Ostpreuß. Fuß.-Regt. Nr. 33, in die älteste Hauptmanns-Stelle dieses Regts. eintretend. v. Knoblock, Oberst vom Arme, unter Stellung à la suite des Thüring. Ulanen-Regts. Nr. 6, zum Commandeur der 12. Garde-Brigade ernannt. Stünzel, Major z. D. zum Bezirks-Commandeur des 2. Bataillons (Allenstein) 3. Ostpreußischen Landwehr-Regiments Nr. 4 ernannt. von Spanker, Hauptmann und Compagnie-Chef vom 4. Bad. Inf.-Regt. Prim-Wilhelm Nr. 112, dem Regt. unter Beförderung zum überzähligen Major, aggregirt. Pegas, Hauptmann vom 6. Brandenburg. Inf.-Regt. Nr. 52, Röss, Hauptm. vom 3. Ostpreuß. Gren.-Regt. Nr. 4, v. Hagen, Hauptm. vom 4. Magdeburg. Inf.-Regt. Nr. 67, v. Unruh, Hauptm. vom Magdeburg. Fuß.-Regt. Nr. 36, zu überzähl Major beförderd. Blumenthal, Major z. D. zum 2. Stabs-Offizier, bei dem Bez.-Commodo des Res.-Landw.-Regts. (Berlin) Nr. 35 ernannt. v. Böhm, Major und Escadr.-Chef vom 3. Schles. Drag.-Regt. Nr. 15, Frhr. Böddin v. Böddinsau, Major und Escadr.-Chef vom Thüring. Fuß.-Regt. Nr. 12, Böning, Major und Escadr.-Chef vom 2ten Rhein. Fuß.-Regt. Nr. 9, Frhr. v. Dindlage, Major und Escadr.-Chef vom 1. Hannov. Drag.-Regt. Nr. 9, v. Restorf, Major und Escadr.-Chef vom Thüring. Fuß.-Regt. Nr. 12, v. Michaelis, Major und Escadr.-Chef vom Garde-Fuß.-Regt. v. Brand, Major und Escadr.-Chef vom 2. Garde-Ulanen-Regt. Frhr. v. Lilien, Major vom 1. Westfäl. Fuß.-Regt. Nr. 8 und commandirt als Adjut. bei dem General-Commodo des VIII. Armeecorps, von und zu Schachten, Major und Escadr.-Chef vom 1. Westfälischen Husaren-Regiment Nr. 8, Freiherr von Reichlin-Meldegg, Major und Escadr.-Chef vom Kurmarkischen Dragoner-Regiment Nr. 14, Kleist, Major und Escadr.-Chef vom Westfäl. Dragoner-Regiment Nr. 7, sämmtlich Patente ihrer Charge verliehen. Schröder, Sec.-Lieutenant vom

Grünberg getroffenen Wahl gemäß, als befördeten Beigeordneten der Stadt Grünberg auf die gesetzliche zwöljährige Amtszeit bestätigt.

Se. Majestät der König hat dem Geh. Kanzleinspector im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten Friedrich Maag bei seiner Vertheilung in den Kabinetts den Charakter als Kanzlei-Rat, sowie dem Uhrmacher Bernhard Friedrich Theodor Tieck zu Berlin das Prädicat eines königlichen astronomischen und Hof-Uhrmachers; und den Besitzer des Hotel du Nord, Jacob Friedrich zu Köln das Prädicat eines königlichen Hostelerant verliehen.

An dem Schülere-Seminar zu Lübeck ist der Hilfslehrer Krieger zum ordentlichen Lehrer befördert worden. — Der Königliche Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspector Lüttelen, früher in Frankfurt a. M., ist zum Mitglied der Königlichen Direction der Oberleibischen Eisenbahn ernannt und demselben die Function des technischen Mitgliedes bei der Königlichen Eisenbahn-Commission zu Ratzeburg definitiv übertragen worden. Der bisherige Titular-Bauinspector Paul Baldus zu Dies, Regierungsbeirat Wiesbaden, ist in Folge Umwandlung seiner bisherigen Wasserbau-meister-Stelle in eine Wasserbau-Inspector-Stelle zum Königlichen Wasserbau-Inspector befördert worden. Der Rechtsanwalt und Notar Ritschmann in Pr. Holland ist zum Rechtsanwalt bei dem Appellationsgericht in Marienwerder und zugleich zum Notar im Departement desselben mit Anweisung seines Wohnsitzes in Marienwerder ernannt worden.

Berlin, 20. März. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfing heute den Obersten von Brozowski, Commandeur der 7. Cavallerie-Brigade und den Major Helmuth, im Generalstabe der 22. Division. Später nahm Se. Majestät den Vorfall des Geheimen Cabinetts von Wilmowitz entgegen und begab sich zur Gratulation zu Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Friedrich Carl.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war gestern bei dem Examen sämmtlicher Jögglinge der Kaiserin-Augusta-Stiftung in Charlottenburg anwesend.

Gestern Abend trafen Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und der Erbgroßherzog und Ihre Hoheit die Prinzessin Elisabeth von Sachsen hier ein.

Heute Morgen wurden die Großherzoglich badischen Herrschaften von den Kaiserlichen Eltern im Palais empfangen, woselbst heute ein größeres Diner stattfindet.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] wohnte gestern Vormittag der Besichtigung der Compagnien des ersten Bataillons 2. Garde-Regiments z. F. im Exercierhaus in der Karlstraße bei und entsprach einer Einladung Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Alexander zum Diner. Gegen 9 Uhr begaben sich Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin zum Empfang der Großherzoglich sächsischen Herrschaften nach dem Anhalter Bahnhof. (R.-Anz.)

[Zu dem bevorstehenden Geburtstage Sr. Majestät des Kaisers und Königs] werden außer dem Großherzog und dem Erbgroßherzog von Sachsen, sowie dem Großherzog und der Großherzogin von Württemberg noch erwartet: der Erbgroßherzog von Mecklenburg-Strelitz, der Erbprinz von Hohenlo

zu den Gewerbs- und Gewerbebeamten vom 1. April c. ab auf ein Jahr verlängert. Polenz, Sec.-Lieutenant vom 4. Posen. Infanterie-Regiment Nr. 59, Rudolph, Sec.-Lieutenant vom 4. Niederschles. Infanterie-Regiment Nr. 51, zur Dienstleistung bei der Gewerbe- und Munitionsfabrik in Danzig, beide vom 1. April c. ab auf ein Jahr commandirt. Blankenburg I., Sec.-Lieutenant vom 4. Niederschles. Inf.-Regim. Nr. 51, zum überzähligen Pr.-Lieutenant befördert. v. Spies, Pr.-Lieut. vom 1. Schles.-Jäger-Bataillon Nr. 5, als agar. zum 1. Westpreuß. Gren.-Regim. Nr. 6 versetzt. Tieze, Sec.-Lieut. von der Reserve des 1. Westpreuß. Gren.-Regim. Nr. 6 zum Pr.-Lt. Carl, Bieckfeld, vom 1. Bat. (Neisse) 2. Oberschles. Landw.-Regim. Nr. 23, zum Sec.-Lieutenant der Landwehr-Infanterie, Gurazze, Bicewachtmeister vom 1. Bat. (Gleiwitz) 3. Oberschles. Landw.-Regim. Nr. 62, zum Sec.-Lieutenant der Reserve des 2. Schles.-Huf.-Regim. Nr. 6, Müller, von Hande, Sec.-Lts. von der Reserve des 3. Schles.-Dragoner-Regim. Nr. 15, zu Pr.-Lieutenants, befördert. Lenz, Oberstleut. z. D., von der Stellung als Bez.-Commandeur des 2. Bataillons (Allenstein) 3. Ostpreuß. Landw.-Regiments Nr. 4, mit der Erlaubnis zum Tragen der Uniform des zweiten Ostpreuß. Gren.-Regim. Nr. 3, entbunden. v. Auer, Oberstleut. vom 6ten Westfäl. Infan.-Regim. Nr. 55, in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit Pension und der Regim.-Uniform zur Disposition gestellt. Graf von Bredow, Oberstleut. zur Disp., von dem Verhältniß als zweiten Stabs-offizier bei dem Bezirkscommando des Reserve-Landwehr-Regiments (Berlin) Nr. 35, mit der Erlaubnis zum Tragen der Uniform des 3. Garde-Gren.-Regim. Königin Elisabeth, entbunden. Graf Seyssel d'Aix, Oberst und Commandeur des 1. Hannov. Feld-Art.-Regiments Nr. 10, in Genehmigung seines Abschiedsgesuches, mit Pension und seiner bisherigen Uniform zur Disposition gestellt. v. Windler, Hauptmann und Batterie-Chef vom Niederschles. Feld-Artillerie-Regim. Nr. 5, mit Pension nebst Ausicht auf Anstellung im Civildienst und der Uniform des zweiten Garde-Feld-Artillerie-Regiments Kraatz, Major vom Magdeburgischen Fuß-Artillerie-Regiments Nr. 4, mit Pension nebst Ausicht auf Anstellung im Civildienst und seiner bisherigen Uniform, der Abschied bewilligt. Blumenthal, Major a. D., zuletzt im 4. Magdeburg. Infanterie-Regiment Nr. 67, mit Pers. zur Disp. gestellt. Hamm, Major a. D., zuletzt im 8. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 70, mit der Erlaubnis zum ferneren Tragen der Uniform des 2. Regis. zur Disp. gestellt. Berger, Major a. D., zuletzt Ingenieur vom Platz in Thorn, als Oberstlt. mit der Erlaubnis zum ferneren Tragen der Uniform des Ingenieurs-Corps, zur Disp. gestellt. Hermann, Major von der Landw.-Inf. des 1. Bats. (Osterode) 3. Ostpreuß. Landw.-Regts. Nr. 4, mit seiner bisher. Unif. Gutjahr, Sec.-Lt. von der Landw.-Inf. des 1. Stett. Bats. (Sprottau) 1. Niederschles. Landw.-Regts. Nr. 46, Garbe, Sec.-Lieut. von der Landw.-Inf. d. Ref.-Landw.-Bats. (Glogau) Nr. 37, beiden letzteren mit dem Charakter als Pr.-Lt. Guderian, Pr.-Lt. von der Landw.-Inf. des 1. Bats. (Posen) 1. Posen. Landw.-Regts. Nr. 18, mit der Landw.-Armee-Unif. Nabratel, Pr.-Lieut. von der Landw.-Inf. des Ref.-Landw.-Regts. (L. Breslau) Nr. 38, als Hauptm. Bähndt, Sec.-Lt. von der Landw.-Inf. des Refs., als Pr.-Lt. Held, Pr.-Lt. von der Landw.-Inf. des 1. Bats. (Münsterberg) 4. Niederschles. Landw.-Regts. Nr. 51, als Hauptm. mit der Landw.-Armee-Unif. Langer, Sec.-Lieut. von der Landw.-Inf. des 1. Bats. (Neisse) 2. Oberstl. Landw.-Regts. Nr. 23, mit der Landw.-Armee-Uniform, Höder, Sec.-Lt. von der Landw.-Inf. des Refs. Bats., Feilhauer, Hauptm. von der Landw.-Inf. des 2. Bats. (Cottol.) 3. Oberstl. Landw.-Regts. Nr. 62, dieser mit der Landw.-Armee-Unif. Wolff, Pr.-Lt. vom Landw.-Train des 1. Bats. (Striegau) 1. Schles. Landw.-Regts. Nr. 10, der Abschied bewilligt. Die nachstehend aufgeführten bisherigen Studirenden der militärärzlichen Bildungsanstalten werden vom 15. Februar 1878 ab zu Unterärzten ernannt und bei den nachbenannten Truppeneinheiten angestellt, und zwar: Braßert, beim 3. Niedersch. Inf.-Regt. Nr. 50, Zimmermann, beim 2. Schles. Gren.-Regt. Nr. 11, Dr. Klingner, Unterarzt vom 1. Schles. Gren.-Regt. Nr. 10, mit Wahrnehmung einer bei dem betreff. Regt. vacanten Assist.-Arztstelle beauftragt.

○ Berlin, 20. März. [Kaiser und Papst. — Zusammensetzung des Congresses. — Die „Provinzial-Correspondenz“ über den russisch-türkischen Friedensvertrag. — Personal-Veränderungen bei den preußischen Staatsbahnen. — Erlass des Handelsministers. — Reorganisation des Landes-Dekonomie-Collegiums. — Central-Moor-Commission.] Die von allen Seiten bestätigte Mithilfe, daß der Papst vor etwa zehn Tagen dem Kaiser in einem Schreiben seine Berufung auf den apostolischen Stuhl angezeigt, können wir dadurch ergänzen, daß bereits der Tod des Papstes Pius IX. durch das Cardinal-Collegium dem Kaiser angezeigt worden. Man weiß, daß der die Acte des Cardinal-Collegiums zeichnende damalige Cardinal Camerlengo und der jetzige Papst ein und dieselbe Person sind. — In hiesigen politischen Kreisen gilt das Zustandekommen des Congresses (oder der Conferenz) für unzweifelhaft; man nimmt vor der Hand den 1. April oder einen der unmittelbar folgenden Tage für den Zusammensetzung der Conferenz in Aussicht. — Die „Prov.-Corr.“ hat in ihrer heutigen kurzen Notiz über die Bestätigung des Friedensvertrages hinzugefügt, daß die Mächte, nachdem der Vertrag ihnen mitgetheilt worden, was Seitens der russischen Regierung ohne Verzug gethehen sollte, in der Lage sein werden, zu den von Europa gemeinschaftlich zu erörternden Fragen eine bestimmte Stellung zu nehmen. Auch hierin darf man den Hinweis darauf erkennen, daß durch die Mithilfe des Friedensvertrages nunmehr der Congress die von ihm zu erledigenden Aufgaben vorfindet. Auch in dem dem Kaiser gewidmeten Festartikel drückt die „Prov.-Corr.“, wenn auch nur in Form eines Wunsches, ihre Hoffnung auf das Gelingen des Friedenswerkes aus. — Sehr bemerkenswerth ist der ebenfalls in der heutigen Nummer der „Prov.-Corresp.“ mitgetheilte Artikel des „Journal d. Déb.“ über die deutsche Finanzlage. Man bemerkt die auffallende Uebereinstimmung des als Fachmann und Schriftsteller im höchsten, verdienten Ansehen stehenden Verfassers, Leroy Beaulieu, mit den vom Fürsten Bismarck wiederholt geäußerten Ansichten über Steuerpolitik. — Am 1. April stehen vielfache Ernennungen und Veränderungen im Personal der Directionen der preußischen Staatsbahnen bevor. — Nach einem kürzlich ergangenen Erlass des Handelsministers wird bestimmt, daß die für Remontenferde und Vollblut-Zuchtmaterial bestehende Frachtermäßigung bei Eisenbahn-Transporten auf die zu den transporthirten Mutterstuten gehörigen Vollblutfohlen auszudehnen ist, sofern nicht bereits allgemeine, für Fohlen im einzelnen Verkehr ermäßigte Fahrpreise bestehen. — Vom 15. März bis 19. März tagte im landwirtschaftlichen Ministerium die Commission, welche behufs Berathung über die Reorganisation des Landes-Dekonomie-Collegiums berufen war. Den Vorfig in dieser Commission führte der Wirtl. Geh.-Rath Schumann, welcher mit den Landes-Dekonomie-Collegium-Mitgliedern, Ritterguts-Rath v. Wedell-Malchow, Rittergutsbesitzer v. Saucken-Tarpuschen, Appellations-Gerichtsrath a. D. v. Lenke, Rittergutsbesitzer v. Plath und Rittergutsbesitzer v. Sombach die Commission bildeten; auch der Commissar des landwirtschaftlichen Ministeriums, Ministerial-Director Marcardt gehörte dazu. Aus diesen Berathungen ist, wie wir hören, eine vollständig abgeschlossene Vereinbarung hervorgegangen, welche die Reorganisation des Landes-Dekonomie-Collegiums ausspricht. In Folge dessen ist heut die Einberufung des Landes-Dekonomie-Collegiums für den 1. April versetzt worden, damit denselben der neue Organisationsplan zur Genehmigung vorgelegt werde. — Die Central-Moor-Commission tritt nach den nun endgültig festgestellten Dispositionen am 4. April zusammen; die Tagesordnung für diese Sitzungen wird in den nächsten Tagen festgestellt werden.

■ Berlin, 20. März. [Zur inneren Krisis. — Oberpräsident Graf Eulenburg. — Aeltesten-Collegium der Berliner Kaufmannschaft. — Georg Jung.] Die Besetzung der vacanten preußischen Ministerposten durch Fachmänner ist einer Schlagworte, das sich bis zur Stunde nur als Wollenken Regionen erwiesen und keinen Niederschlag erfahren hat. In leitenden Regionen verkennt man nicht, daß mit der parlamentarischen Mehrheit im Reichstage

wie im Abgeordnetenhaus gerechnet werden muß. Sollte die Wahl auf Männer fallen, die keine ausgeprägte politische Färbung haben, so müßten sie doch einen populären Namen, wie etwa Herrn Delbrück, tragen. Sagte doch eine hohe Person, als von den Unterhandlungen mit dem Grafen zu Stolberg-Wernigerode die Rede war, daß sich dieser nicht einmal auf die gesamte conservative Partei stützen könne. Von den Conservativen des Abgeordnetenhauses wird dies zugestanden und daraus hingedeutet, daß Graf Stolberg an seinem Eintritt in das Cabinet die Bedingung knüpft, daß mindestens zwei Ministerposten den Nationalliberalen anzutragen seien. Fürst Bismarck habe den Grafen Stolberg mit diesem Wunsch an den Kaiser gewiesen, obgleich bekannt ist, daß Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit dem Fürsten als abgebrochen erklärt hat. Es läßt sich nur annehmen, wie auch von conservativer Seite erklärt wird, daß in der Wilhelmstraße die Wiederaufnahme der Verhandlungen für möglich gehalten wird, sobald Herr von Bismarck die Verhandlungen mit

gewalten betrifft, und wie im Senat, so herrscht in der Kammer groÙe Aufregung. Am Sonnabend Abend forderte Leon Say die Kammer auf, die Discussion über das Einnahmebudget für heute auf die Tagesordnung zu setzen. Die Versammlung war aber nicht mehr beschlußfähig und so wurde die Erledigung dieser Frage auf heute verschoben. Sonderbarer Weise nahm Leon Say das übel, und eine sehr gereizt klingende Note in den „Débats“ eröffnete aller Welt, daß, wenn heute die Kammer nicht dem Wunsche des Finanzministers willfahren, der letztere seine Maßnahmen treffen werde. Die Republikaner fühlten sich ihrerseits durch eine solche Sprache verletzt. Die Blätter bemerkten, Leon Say hätte wohl seine Ungebühr zugehen können, bis der Senat über das Belagerungszustandsgesetz abgestimmt hat, denn er wisse sehr wohl, daß die Mehrheit absichtlich die Budgetdiscussion verzögert habe, bis die obere Kammer ihr eine Garantie ihrer guten Absichten gegeben habe. Auf alle Fälle möge doch der Finanzminister sich nicht darüber ereifern, daß eine Kammer, die nicht beschlußfähig, keinen Beschluß gefaßt habe. Vor der Sitzung war in Versailles die Ansicht sehr getheilt darüber, ob man nicht den Minister führen lassen solle, daß er der Mehrheit zu nahe getreten.

Gestern sind drei Stichwahlen für die Deputirtenkammer vollzogen worden, in Marseille, in Alais (Gard) und in Fougères (Ille-et-Vilaine). Alle drei fielen zum Vortheil der Republikaner aus; in Fougères wurde Niban, in Alais der Oberst Favard gewählt. Besonders interessant war die Abstimmung in Marseille, dort waren drei Candidaten aufgestellt: Amat, ein vergleichsweise gemäßigter Republikaner, Clovis Hugues, ein Intrigent vom reisten Wasser, und Blanqui, der bekanntlich seit vielen Jahren im Gesangbuch ist. Clovis Hugues hatte sich verpflichtet, wenn er gewählt werde, zu Gunsten Blanqui's zurückzutreten, und seine Kandidatur wurde von dem radicalen Centralcomite unterstützt. Aber diese Unterstützung sollte ihm nicht den Sieg verschaffen: Amat erhielt 4423, Clovis Hugues 4284 und Blanqui 564 Stimmen. — Der Scandal in der Schule von St. Cyr macht fortwährend solches Aufsehen, daß die Regierung sich gedrungen sieht, eine Untersuchung anzuordnen. Der allgemeine Unwill ist noch gewachsen, seitdem man den Text der Abrede kennt, welche die ultramontanen Böglings an den Papst schicken wollten. Es kommt darin folgende Stelle vor: „Unsere Liebe zu Frankreich, dessen Dienst wir unser Leben widmen, ist unzertrennlich von unserer Liebe zur heiligen Kirche.“ — Indem wir uns demütig Eurer Heiligkeit zu führen werken, erbitten wir einen Segen für uns, für unsere Angehörigen, für die Schule von Saint-Cyr und für die französische Armee, welche in Zukunft, das ist wenigstens unsere größte Hoffnung, der rechte Arm und die älteste Tochter der Kirche sein wird.“ Die Abrede enthielt ferner folgenden Satz, der jedoch nach Versicherung einiger Blätter gestrichen worden: „Als französische Soldaten sind wir auch die Soldaten Christi, in dem Kampfe gegen die Revolution und unsere religiösen Gefühle sind enge mit unserem Patriotismus verbunden.“ — Gambetta giebt, wie es heißt, in dieser Woche ein großes diplomatisches Diner, an welchem die Minister Waddington und Leon Say Thell nehmen werden und wozu die Botschafter von Deutschland, England, Russland und Italien eingeladen sind.

Paris, 19. März. [Die Annahme des Belagerungszustandsgesetzes. — Zur Budgetdiscussion. — Zum Amnestiegesetz. — Die Affaire von St. Cyr. — Trockenheit in der Provence.] Die Regierung und die republikanische Mehrheit können sich abermals beglückwünschen. Die gestrigen Verhandlungen im Senat wie in der Kammer sind nach ihrem Wunsche ausgefallen. Im Senat ist das Gesetz über den Belagerungszustand in der ursprünglich vom Ministerium eingebrachten und von der Deputirtenkammer bestätigten Form mit 153 gegen 100 Stimmen angenommen worden. Eine solche Mehrheit für die republikanische Regierung ist in der oberen Kammer noch nicht dagewesen und man hätte sie vor einem Monat noch nicht für möglich gehalten. Die Verhandlung verlief ziemlich einfach und ohne die erwarteten Zwischenfälle. Die Debatte drehte sich hauptsächlich um das bekannte Amendement Boher, welches die Regierung nur mit Widerstreben und mit bedeutenden Einschränkungen angenommen hatte. Es kam aber nicht bis zu diesem Dyster. Das Amendement Boher ist in ziemlich seltsamer Art verschwunden. Es wurde in zwei Stücke abgetheilt, deren erstes der Rechten und deren zweites den Republikanern mundgerecht gemacht werden sollte. Aber das erste Stück wurde mit 140 gegen 131 Stimmen zurückgewiesen und die Constitutionellen selbst erkannten darauf, daß das zweite nichts mehr taugt. Man kehrte einschließlich dem Regierungss-project zurück, welches bekanntlich befagt, daß nach einer Kammerauflösung der Präsident der Republik nur im Kriegsfalle den Belagerungszustand erklären kann. Damit war das Gesetz durchberathen. Luce verlangte einen Zusatzartikel, welcher dem Gouverneur von Algerien besondere Befugnisse in Sachen des Belagerungszustandes ertheilen wollte, aber der zehige Gouverneur, General Chantz, der zufällig anwesend ist, wies selber diesen Vorschlag zurück, indem er sagte, daß man ein Garantiegesetz und nicht ein Verdächtigungsgesetz zu schaffen im Begriffe sei. Das Gesamtvotum erfolgte hierauf mit dem angegebenen Resultate. — Die Kammer hat zur selben Zeit der Regierung ein Vertrauensvotum ertheilt, indem sie auf den Wunsch des Finanzministers die Budgetdiscussion für Donnerstag auf die Tagesordnung stellte. Leon Say war klug genug, auf der Tribüne von der schlechten Laune, welche sein Organ, das „Journal des Débats“ verrathen hatte, nichts merken zu lassen und die Kammer nahm denn auch weiter keine Notiz von der Sache. Nur auf Seiten der äußersten Linken erhob sich einiger Widerspruch und Madier de Montjau meinte, es sei nötig, zuerst die Mandatsprüfung zu Ende zu führen. Indes selbst Madier de Montjau fügte hinzu, daß man in dieser Meinung nicht etwa einen Beweis des Misstrauens gegen das Ministerium sehe. Der Redner fand nur bei der Rechten Beifall, großen Beifallnamlich, als er mit einem wohl unbedachten lapsus linguae Gambetta den Conseil-présidenten, statt Präsidenten der Budgetcommission nannte. Gambetta selbst trat zu Gunsten von Leon Say's Forderung ein und als er erschien, applaudierte die Rechte nicht mehr. Er zeigte zunächst, daß man die Verzögerung der Budgetdiscussion weder der Mehrheit noch der Budgetcommission zum Vorwurf machen könne. Eine weitere Verzögerung werde denn auch nicht von der Kammer ausgehen. Die Kammer sagte er, hat nicht nur Vertrauen zum Ministerium und der Regierung, sondern auch Vertrauen zu sich selbst und dem Lande. Die Feinde der Republik sind nicht mehr zu fürchten. Die Landesvertretung braucht nicht mehr ängstlich auf der Hut zu sein; der Augenblick ist gekommen, das Budget zu votiren und dem Lande zu beweisen, daß volle Ordnung herrscht. Nach dieser Erklärung Gambetta's war kein Widerstand mehr zu erwarten und die Forderung Leon Say's wurde in der That mit 436 gegen 34 Stimmen bewilligt. Der parlamentarische Horizont ist somit für jetzt wolkenlos. Der Senat hat noch über das Amnestiegesetz zu entscheiden, aber an der Annahme oder Verwerfung desselben ist der republikanischen Mehrheit weniger gelegen, denn dieses Gesetz hat nicht dieselbe Bedeutung, wie die Gesetze über die Colportage und den Be-

lagerungszustand. — Die „République française“ drängt mit anderen Journalen auf eine sehr gründliche Untersuchung der Affaire von Saint-Cyr, umso mehr als sie überzeugt ist, daß die vielbesprochene Adresse an den Papst nicht von den ultramontanen Böglings selber verfaßt, sondern von auswärts durch die Jesuiten in die Schule eingeschmuggelt worden ist. Einem solchen Unwesen müsse ein für allemal und auf das Entschiedenste ein Ende gemacht werden. — Aus dem Süden des Landes laufen große Klagen über die zunehmende Trockenheit ein. Seit langen Monaten ist in der Provence kein Regentropfen gefallen. Alle Bäche und viele Brunnen sind vertrocknet und man hegt die größten Besorgnisse für die Ernte.

## Provinzial-Beitung.

Breslau, 21. März. [Vorsteier.] Die constitutionelle (Mittwoch) Ressource im Weiß-Garten benutzte ihres geistiges Concert zu einer Vorfeier des Geburtstags des Kaisers, zu welchem Beufe sie den Saal feistlich decorierten und auf der Bühne die lorbeerumkränzte Büste des Kaisers mit Fahnen in deutschen und preußischen Farben, sowie mit den Wappen der deutschen Staaten umgeben hatte, aufzustellen lassen. Die Concert-Capelle erfreute die Anwesenden zumeist mit Musikstücke patriotischen Inhalts. Der Vorsteuer der Ressource hielt eine Festrede, welche allgemeinen Enthusiasmus hervorrief.

Hirschberg, 20. März. [Finanzielles. — Felsenkeller-Jubiläum. — Wahrscheinlicher Selbstmord.] Der hiesige Kreis hatte pro 1877/78 bei einer Bevölkerung von 67,352 Seelen a. an Staatssteuer: Einkommensteuer 80,712 M., Klassensteuer 86,877 M., Grundsteuer 47,937 M., Gebäudesteuer 36,130 M. und Gewerbesteuer 49,691 M.; b. an Provisionalabgaben 8322,01 M. und c. an Kreisabgaben 13,380,50 M. aufzubringen. — Der hiesige Kämmererkassen-Stat pro 1878/79 ist von der Stadtverordneten-Versammlung in Übereinstimmung mit der Magistratsvorlage in Einnahme und Ausgabe auf 201,722 M. festgestellt worden. Als Communalsteuer gelangt wiederum ein Zuschlag von 120 p.C. zur Klassen- und Einkommensteuer und 50 p.C. zur Grund- und Gebäudesteuer zur Erhebung. — Am vorigen Freitag wurde das 25jährige Jubiläum des Gruner'schen Felsenkellers auf dem Cavalierberg in sollem Weise gefeiert. Besitzer der Anlage und der Stadtbrauerei, welche jetzt den Dampfbraubetrieb aufweist, sind seit 1875 die Herren: Hotelbesitzer Oswald Heinrich und Kaufmann Oscar Hösch. Die Brauerei feiert ihren guten Ruf fort und erzeugt nunmehr auch böhmisches und Nürnberger Bier. — Am vorigen Montag fand im Fabrik-Canal zu Görlitz der Tischler J. L. aus Spiller seinen alten Vermuthen nach beabsichtigten Tod.

Striegau, 20. März. [Vorträge. — Feuer. — Abiturientenprüfung. — Schul-Revision.] Zu der letzten Sitzung des „wissenschaftlichen Vereins“ hielt Oberlehrer Dr. Kroll einen interessanten Vortrag über die Entstehung der Gewitter. Im Gewerbe- und Handwerkerverein sprach Lehrer Friedrich über die Zustände Berlins zur Zeit der ersten Thürzürften. — In der Nacht von Montag zu Dienstag brannten die Wohn- und Wirtschaftsgebäude des Stellennachsers Beder in Haslicht vollständig nieder. Der Verunglückte verlor hierbei sein gesammtes Besitzthum, darunter auch drei Schweine, die in den Flammen umlaken. Man vermutet böswillige Brandstiftung, angerichtet von einem Strolche, der am Abend zuvor beißig in der Höhle anwesend gewesen, aber abgewiesen worden war. — Heute Vormittag fand unter dem Vorsteuer des Geheimen Regierungs- und Provinzial-Schulrat Dr. Dillenburger aus Breslau die erste diesjährige Abgangsprüfung an der höheren Bürgerschule hier selbst statt. Es hatten sich derelben zwei Examinierten unterworfen, die beide bestanden und von denen einer auf Grund seiner guten schriftlichen Arbeiten von der mündlichen Prüfung dissenkt wurde. Es verdient bemerk zu werden, daß seit Bestehen der Anstalt bis jetzt alle Abiturienten das Examen glücklich bestanden haben. — Die Mitglieder der städtischen Schulen-deputation statteten heute sämmtlichen Klassen der Elementar- und Mittelschulen einen Besuch ab.

Bernstadt, 19. März. [Verschiedenes.] Die General-Versammlung des Vorläufer-Vereins wurde durch den Ausschuß-Vorsteuer Herrn Rathmann Busch eröffnet. Verluste hat der Verein im verflossenen Jahre nicht erlitten. Die Zahl der Mitglieder betrug ultimo 1877 625. An Vorläufern wurden im abgelaufenen Jahre 1194 gewährt mit 401,623 M. 60 Pf.; desgleichen 749 Prolongationen mit 302,002 M. Das Inventarium mit seinen verschiedenen Beständen lautet auf einen Wert von 338,577 M. 17 Pf. Der Referatswert betrug Ende vorigen Jahres 8121,43 M. Der Überschuss 9910,03 M. das Mitglieder-Stammcapital aber 98,072,66 M. Die Versammlung ertheilt nach Verlesung der Rechnungs-Referatsberichte dem Vorstand Decharge. Die Dividende wird auf 8% p.C. Seitens der Versammlung festgesetzt. Die Versammlung genehmigt die Abstreibung von 245,75 M. auf das Grundstück- und von 20 M. auf das Mobilien-Conto, verläßt dagegen ihre Zustimmung zur Gewährung von 30 M. an den hiesigen Fortbildungsberein, welche Summe nun gleichfalls dem Reservefonds aufzählt. Wegen Nichterfüllung ihrer Verpflichtung resp. Schädigung der Bürger werden 8 Mitglieder vom Verein ausgeschlossen. Es erfolgt nun die Wahl der statutenmäßig ausscheidenden 3 Ausschußmitglieder und werden dabei wieder gewählt die Herren Barth und Darr, neu gewählt Herr R. Roy. Dieselben nehmen die Wahl an. Als Deputirter zum Unterverbandsstage wurde Herr Benich gewählt. Hierauf wurde das Protokoll vorgelesen, genehmigt und damit die Sitzung geschlossen. — In der gestrigen Abend stattgefunden Sitzung des Fortbildungsbereins hielt Herr Bergschullehrer Grundmann aus Tarnowitz über das vom Vorstand selbst gewählte Thema „Arbeit und Erholung“ einen höchst interessanten Vortrag. Leider war nur eine geringe Zahl Mitglieder anwesend. Der Starke, allgemein verständliche Vortrag bot eine Fülle von wichtigen, höchst nützlichen Belehrungen, für welche die Zubrider Herrn Grundmann ihre Anerkennung und ihren Dank durch lautes Beifall und Erheben von den Plätzen zu erkennen gaben. — In Ober-Polnisch-Glogau ist unter den Pferden des Gutsherrn August Scholz die Röckrankheit ausgebrochen und mußte bereits eins der Thiere getötet werden. — Aus Lampersdorf wird der hiesigen Zeitung mitgetheilt, daß in Baruth der dreijährige Sohn des Stellennachsers J. durch Umfallen und Explosion der Petroleumlampe verunglückt und getorben ist.

Namslau, 20. März. [Einführung. — Freiwillige Feuerwehr.] Gestern wurde der durch den hiesigen Magistrat als Patron der evangelischen Stadtschule an diefchelbe berufenen Herr Lehrer Matzka, bisher in Sterzendorf, hiesigen Kreises, durch den Schulrevisor, Herrn Pastor Schwarz, feierlich in sein Amt eingeführt. — Die immer entschiedener aufbreitende Nothwendigkeit einer gründlichen Verbesserung des hiesigen Feuerlöschwesens hat die hiesige Polizei-Verwaltung zu dem Versuche veranlaßt, hierzu eine freiwillige Feuerwehr zu organisieren, deren Leitung dem hiesigen Turn-Verein übertragen werden soll und welcher die hiesigen feuerlöschpflichtigen Mannschaften eingereiht werden sollen. Da durch den eventuellen Hinzutritt zahlreicher freiwilliger Mannschaften sich die Freilassung einer entsprechenden Anzahl feuerlöschpflichtiger Mannschaften wird ermöglichen lassen, andererseits jedoch die Ausübung der freiwilligen Feuerwehr mit nicht unerheblichen Kosten verbunden ist, hat die Polizei-Verwaltung diejenigen feuerlöschpflichtigen Mannschaften, welche sich von ihrer Feuerlöschpflicht zeitweise oder dauernd abzuholen wünschen, aufgefordert, sich innerhalb 8 Tagen schriftlich bei ihr zu melden. Als Ablösungssumme pro Jahr sind 5 M. für dauernde Ablösung 15 M. zu entrichten und soll aus diesen Einnahmen die Ausrüstung der freiwilligen Feuerwehr bestreiten werden. Bei dieser Gelegenheit sei berichtigend bemerk, daß die Signale, die bei Ausbruch eines Feuers vom Thurm herab zu geben sind und die Sie zu einem veranlaßt, durch den Thurmwächter mit einem Instrumente gegeben werden sollen, welches „Huppe“ heißt.

Oppeln, 20. März. [Ernennungen. — Verwaltung des Landratsamtes zu Pleß. — Diaconuswahl. — Entscheidung über den Bauplatz für das Landgerichtsgebäude. — Baupläne für das Seminar.] Dem Lehrer und Chorrector Kröder zu Krappitz ist mit Rücksicht auf seine musikalischen Leistungen von dem Herrn Minister der geistlichen u. c. Angelegenheiten das Prädicat „Musikdirector“ beigelegt worden. — Die Herren Minister der Finanzen und des Innern haben den Staatsanwalt-Gehilfen Winterfeldt zu Pleß nach erfolgter Entlassung aus dem Justizdienste unter Ernennung zum Regierungs-Assessor in die allgemeine Verwaltung übernommen und ist dem Genannten die commissarische Verwaltung des Landratsamtes in Pleß übertragen worden, welche er nach Einbindung von seinen gegenwärtigen Dienstgeschäften übernehmen soll. — Nachdem der zum Diaconus der hiesigen evang. Pfarrgemeinde gewählte Pastor Schulz zu Pommerowitz, Kreis Leobschütz, die auf ihn gefallene Wahl mit Dank abgelehnt hat, ist von dem kgl. Consistorium in seine Stelle der Pfarrvicar Hohenthal zu Leobschütz designirt worden, um am 31. d. M. hier selbst eine Präsentationspredigt zu halten. Wie

indes verlautet, wäre auch diese Candidatur aus äußerlicher Gründen noch in Frage gestellt. — Der Herr Justizminister hat bezüglich des Platzes für das hier zu erbaute Landgerichtsgebäude nunmehr dahin Einverständnis getroffen, daß hierzu der im nördlichen Theile der Stadt, an der Ostseite der nach Czernowitz führenden Chaussee belegene Platz zu aquirire, und der Kaufvertrag mit der Stadt-Commune abzuschließen sei. Dagegen steht die Entscheidung über den zum Bau eines Seminars zu wählenden Platz noch aus. Es dürfte sich bei der Wahl um das noch neben dem Bauplatz des Landgerichts vorhandene Terrain, um einen an der Rosenberger Chaussee gelegene Platz, endlich um den nordöstlichen Theil des hiesigen fälschlichen Schloßgrundstücks handeln.

Moskau, 20. März. [Zur Tagesschau.] Gestern wurde das biege Bahnhofshotel, welches dem Maurermeister Hänsler gehörte, im Substaatsstermine zu Myslowitz für 36,050 Mark von der v. Kramataischen Berg- und Hüttenerhaltung gekauft. — Gestern brach in der Mittagsstunde ein Dieb in die Wohnung des abwesenden Lehrers J. und entwendete 165 Mark. Es war das vierteljährliche Gehalt, das der Besteckene am vorhergegangenen Tage sich aus der Steuerlast gebolt hatte. — Gestern fand in der biege Vereins-Schule unter Voritz des Pastors Herrn Suckner die öffentliche Prüfung statt. Das Resultat war ein bedeutend günstigeres als im vorigen Jahre.

[Notizen aus der Provinz.] \* Görlich. Die Grotte von Lourdes hat einen ihrer begeistersten Verehrer verloren. Franz Graf zu Stolberg-Stolberg, Besitzer von Radelwitz und Zehnitz, in der sächsischen Oberlausitz, ist in der Nacht vom 9. auf den 10. d. Mts. nach kurzem Krankenlager an einer Lungenerkrankung in Algier gestorben. Der Verstorbene stand längere Zeit in österreichischen Militärdiensten. Im Jahre 1875 stand er bekanntlich an der Spitze einer katholischen Wallfahrt nach Lourdes.

+ Gr. Glogau. Der „Niederschles. Anz.“ meldet unter dem 20. März:

Der Präsident der kgl. Regierung in Liegnitz, Herr Dr. v. Böditz traf heute

Vormittag mit dem 11 Uhr-Zuge hier ein und konfirte um 11 Uhr mit dem Chef-Präsidenten Herrn Graf v. Ritterberg und Vice-Präsidenten Herrn Heimbrod wegen Errichtung von Amtsgerichten in den verschiedenen Städten des Liegnitzer Regierungs-Bezirks.

Δ Hainau. Am letzten Sonntage wurde in Probstdain unter großer

Theilnahme der 68 Jahre alte Rusticalbester Kuhn beerdigt. Denzelben

hatte am Mittwoch Abend auf seinem Heimweg der Sturm ergreift und in die schnelle Deiche gestürzt, woselbst er am anderen Morgen ertrunken aufgefunden wurde.

Berlin, 20. März. [Börse.] Die Stimmung der heutigen Börse zeigte zwar im Allgemeinen einen festeren Charakter, indeß blieb die gesellschaftliche Tätigkeit ebenso eingeschränkt wie an den Tagen zuvor. Die politische Situation des Augenblicks ist nicht geeignet, der Speculation einen Impuls zu geben, und vermochten die heut vorliegenden etwas günstiger lautenden Nachrichten eben nur der Tendenz einen festeren Anfang zu geben. Bezugend wirkte die günstige Deutung, welche die Auslagerungen des Grafen Andrássy in der ungarischen Delegation Seitens der „Times“ gefunden haben. Die höhern Wiener Notirungen blieben deshalb auch nicht ohne Einfluß auf die Coursetbewegung am hiesigen Markt und nur nach dem Eintreffen Londoner Depeschen, die von dort etwas niedrigere Notirungen meldeten, trat auch hier eine jedoch bald vorübergehende Abschwächung ein. Die Börse behielt darauf aber bis zum Schlus ihrer festen Gräfin. Die internationalen Speculationspapiere behaupteten allerdings unter einigen Schwankungen, ein circa 3 M. höheres Coursniveau als gestern. In Österreichischen Creditationen fanden wenigstens einige Umsätze statt, Lombarden waren ganz vernachlässigt. Die österreichischen Nebenbahnen befundeten eine ziemlich feste Haltung, blieben im Allgemeinen aber sehr still. Von einheimischen Eisenbahnprioritäten besonders 4½ proc. belief, von diesen namenlich Bergische, Köln-Mindener und Rheinische in guter Frage. Gestern Prioritäten sehr ruhig, russische Theilweise matter. Auf dem Eisenbahnmarktnahmte hiesische eine feste Tendenz. Sietziner zu steigender Notiz lebhaft gefragt. Altomaier sehr begehr, doch fehlte es an disponiblem Material. Potsdamer behauptet. Ansässer und Halberstädter gegrüßt. Freiburger und Oberschlesisch langsam steigend. Rumänen behaupteten sich gut. Obligationen zogen etwas an. Bresl.-Grajewo und Nahebahn lebhaft. Ostpreußische Südbahn-Aktionen und Stamm-Prioritäts-Aktionen sehr rege und steigend. Banknoten ziemlich fest, aber in geringem Verkehr. Breslauer Disconto anziehend. Berliner Handels-Gesellschaft (junge) erhöhten die Notiz. Metropole Baubank besser, Braunschweiger Bank, Hannoversche Bank und Gothaer Grundcredit gut behauptet. Sprithans Wrede beliebt. Leipziger Disconto ließ etwas nach. Leipziger Wechslerbank, Medlenburger Bodencredit schwächer. Industriepapiere unbekannt. Böhmisches Brauhaus besser. Centralheizung ließ etwas nach, auch Charlottenburger Pferdebahn niedriger. Magdeburger Gasfabrik war billiger erhältlich. Südböhmer Maschinenfabrik erhöhte die Notiz. Hartmann Maschinenfabrik weichend. Tiefstes Maschinenbau zog bei regerem Geschäft etwas an. Lauchhammer besser. Dortmund Union steigend. Bodumer und Warsteiner ebenfalls höher. Gelsenkirchen niedriger. Phönix A, Marienbüttel, Köpenau und Donnersmarck gleichfalls weichend. Sietziner zu steigender Notiz lebhaft gefragt. Credit 392, Lombarden 124,50, Gramosen 433,50, Reichsbank 154,75, Disconto-Commandit 117,50, Laurahütte 73, Türlin —, Italiener 73,40, Gest. Goldrente 62,75, do. Silberrente 56, do. Papierrente 52,75, Ungarische Goldrente —, 5 proc. Russen 83,70, Köln-Mindener 94,75, Rheinische 106,75, Bergische 75, Rumänen 24,10. Coupons-Course (nur für Posten). Amerik. Bonds-EP. 4,17 bez., do. Papier-EP. 4,07 bez., Gest. Silb.-Rent.-EP. 179½, per April 179¾ bez., do. Papier-EP. 179¾, per April 179 bez., do. Papier-Rent.-EP. 169,35 bez., Russische EP. 215,60 bez., Russ.-Engl. Aul.-EP. 20,48 bez., Franz. EP. 81,10 bis 81 bez., Diverse engl. 20,19—20,07 bez., Rum. EP. de 2,80 bez.

Breslau, 21. März, 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war für Getreide sehr fest, bei mäßigen Befuhren Preise unverändert.

Weizen in sehr fester Haltung, pr. 100 Kilogr. Schlesischer weißer 17,90 bis 19,40—20,80 Mark, gelber 17,50—18,50 bis 19,90 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

# Berliner Börse vom 20. März 1878.

## Fonds- und Gold-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	96,50 G
Consolidierte Anleihe.	105,00 bzG
do. do. 1876.	96,75 bz
Staats-Anleihe.	96,25 bzG
Staats-Schuldscheine.	92,70 G
Präm.-Anleihe v. 1855	138,75 G
Berliner Stadt-Oblig.	101,50 G
Berliner.	101,30 bzG
Pommersche.	84 bz
do. do.	95,30 bz
do. Indach-Crd.	102,10 bz
Posenische neu.	95,00 G
Schlesische.	85,10 G
Landschaftl. Central.	95 bz
Kur. u. Neumärk.	95,90 bz
Pommersche.	96 bz
Posenische.	95,90 B
Preussische.	95,90 B
Westfalen. u. Ehein.	98,70 bz
Sächsische.	26,25 bz
Schlesische.	95,90 bz
Badische Präm.-Anl.	121,40 bzB
Bayerische 40% Anleihe	120,80 G
Görl.-Mind.-Pfandmisch.	111,00 bzG
Sachsen. Empte von 1876	72,90 G
Ducaten 9,50 bz	Dollars 4,185 G
Ewer. 20,33 bz	Oest. Bkn. 170,30 bz
Napoleon 16,23 G	do. Silbergd. 180 etbz
Imperials 16,67 G	Russ. Bkn. 216,00 bz

## Wechsel-Course.

Amsterdam 100 FL.	8 T. 3	168,55 bz
do. do.	2 M. 3	167,85 bz
London 1 Lstr.	3 M. 2	20,31 bz
Paris 100 Frs.	8 T. 2	81,20 bz
Petersburg 100 SE.	3 M. 31/2	215,50 bz
Warschau 100 SE.	8 T. 51/2	216,30 bz
Wien 100 FL.	8 T. 41/2	164,85 bz
do. do.	2 M. 41/2	168,75 bz

## Eisenbahn-Stamm-Aktionen.

Divid. pro 1876	1877 Zf.
Aachen-Maastricht.	4 18,75 G
Berg.-Märkische.	4 75,60 bz
Berlin-Anhalt.	4 86,60 bzG
Berlin-Dresden.	4 9,40 bz
Berlin-Görlitz.	4 14,00 bzG
Berlin-Hamburg.	11 173,00 bzG
Berl.-Potsd.-Magd.	31/2 77,50 etbzG
Berlin-Stettin.	39/10 163,90 bz
Böh. Westbahn.	5 74,25 bz
Breslau-Freize.	5 66,50 bz
Cöln-Minden.	5 94,75 bz
Dux-Bodenbach.	0 14,50 G
Gal. Carl-Ludw.-B.	7 164,75 bz
Halle-Sorau-Gub.	4 13,80 bz
Hannover-Altenb.	0 11,25 bzG
Kaschau-Oderberg.	4 42,70 G
Kronpr. Rudolph.	5 49,10 bzG
Ludwigs.-Bebx.	9 178,60 bz
Märk.-Posener.	4 18,30 bzG
Magdeb.-Halberst.	8 105,75 bz
Mainz-Ludwigsb.	5 8,90 bz
Niederschl.-Mark.	4 96,75 B
Oberschl. A.C.D.E.	31/2 122,50 etbzG
do. do.	5 —
Oesterr. Fr. St. B.	39/3 114,75 bz
Oest. Nordwestb.	5 433,34 bz
Oest. Süd.(Lomb.)	5 185,75 G
Ostpreuss. Südb.	0 124,60 bz
Rechte-O.-U.-B.	63/2 38,40 bz
Reichenb.-Feld.	42/2 99,60 bz
Rheinische.	71/2 37,90 bzG
do. Lit. B. (40% gar.)	4 106,90 bz
Rhein-Nahe-Bahn.	0 93,90 bz
Ruman.-Eisenb.	0 9,20 DZB
Schweiz Westbahn.	3/2 24,10 bzG
Stargard.-Posener.	4 16,60 bz
Thüringer L. A.	41/2 100,90 bzG
Warschau-Wien.	63/2 161,00 bzG

## Hypothenken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	107,50 bzG
Gakb.-Pfd.-Pr. Hyp.-P.	41/2 94,25 bzG
do. do.	100,50 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfd.	41/2 100,20 bz
Käubdr.-Cent.-Bod.-Cr.	107,10 G
Unkünd. do.	107,50 bz
do. rückzb. à 110	107,50 G
do. do.	99 bz
Uak. H.-Pfd.-Pr.-Crd.	—
do. III. Em.	101,75 bzG
Kindb.-Hyp.-Schuld.	100 bz
Hyp.-Anth.-Nord.-G.C.B.	94,25 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe.	99,00 bzG
do. II. Em.	92,00 bzG
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	107,60 bz
do. do.	105,90 bz
do. do.	100,40 bzG
do. do.	92,50 bz
Meininger Präm.-Pfd.	104,80 bz
Dest. Silberpfandb.	31/2 34,25 bz
do. Hyp.-Crd.-Pfd.	32 G
Pfd.-Oest.-Bd.-Cr.-Ge.	90 bzG
Schles. Bodener.-Pfd.	98,50 G
do. do.	93,25 G
Bädd. Bod.-Crd.-Pfd.	102,75 G
do. do.	100,25 G
Wiener Silberpfandb.	33,50 bz;

## Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1,1./1,-)	56 G
do. Goldrente.	4 1/4,-10,-
do. do.	62,70-80 bz
de. Bädd. Präm.-Anl.	52,60 G
do. do.	95,00 G
do. do.	105,10 bzG
Credit-Loose.	fr. 295 bz
do. do.	253 B
Russ. Präm.-Anl.	64 156,50 bz
do. do.	1866 155,10 bz
do. Bod.-Crd.-Pfd.	75 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfd.	76 G
Zusa. Poln. Schatz-Obl.	80,30 etbz
Poln. Pfndb.	III. Em. 66,25 B
Poln. Liquid.-Pfdbr.	58,10 bz
Amerik. rückz. p. 1881	101,88 bzG
do. do.	—
do. 50% Anleihe	100,00 etbzG
Ital. neue 50% Anleihe	73,38 bz
do. do.	85,80 bzG
do. do.	70,00 B
do. do.	14,00 bz
do. do.	10,20 etbzB
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Finnische 10 Thlr.-Loose	37,10 G
Türkische 25,50 B	—

## Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

Berlin-Görlitzer.	0 30,90 bzG
Breslau-Warschau.	0 21,00 G
Halle-Sorau-Gub.	0 37,00 G
Hannover-Altenb.	0 23,60 bz
Kohlfurt-Falkenb.	0 55 bz
Märkisch.-Posener.	39/4 78,20 bzG
Magdeb.-Halberst.	31/2 69,10 bzG
Ostr. Südbahn.	5 99,10 bzG
Rechte-O.-U.-B.	63/2 86,00 bzG
Rumänier.	8 107,40 bzG
Saal-Bahn.	0 72,00 bzG
Weimar-Gera.	0 15,29 Q

## Bank-Papiere.

Alg. Deut. Hand.-G.	8 2 14 33,00 G
Anglo-Deutsch-Ebk.	9 0 4 145,25 G
Berl. Kassen-Vcr.	107/12 84/15 67,00 bzG
Berl. Handels-Ges.	6 4 81,90 bzG
Brl.-Frd.-u.-Hds.-B.	6 3 80,75 bzG
Braunschweig. Bank.	5 60,10 bzG
Bresl. Wechslerb.	59/3 69,75 B
Coburg. Cred.-Bnk.	5 71,00 G
Danziger Priv.-B.	6 104,50 bz
Darmst. Creditb.	6 108,00 bzB
Darmst. Zettelb.	59/4 96,75 etbzG
Deutsche Bank.	6 91,75 bz
do. Reichsbank.	61/2 83,00 bzG
Hannov. Bank.	8 80,90 bzB
Hannov.-Bank.	71/2 117,00 bz
Disc.-Com.-Anth.	4 117,50-17,50
do. ult.	4 87,50-93
Genosensch.-Bnk.	51/2 95,80 G
do. junge	8 101,90 bz
Goth. Grundcredb.	10 122,50 G
Hamb. Versins.-B.	51/2 100,53 etbzG
Hannov. Bank.	6 83,00 bzG
Königsl. Ver.-Bnk.	6 46 G
Lindw.-B.Kwilecki.	6 104,70 G
Luxemburg. Bznk.	6 97,00 G
Magdeburger.	5 106,00 G
Meininger.	2 73,80 G
Nordl. Bank.	8 133,00 G
Nordl. Gründner-B.	8 74,25 bzG
Oberlausitzer B.	13/2 58,50 G
Oest. Cred.-Action.	11/4 39,25-93
Peiners Prov.-Bank.	61/2 102,30 bz
Pr.-Brd.-Cr.-Act.-B.	8 95,90 bz
Pr.-Cent.-Bod.-Crd.	21/2 117,65 etbz
Pr.-Cred.-Anst.	8 103,90 bz
Sächs. Bank.-Verein.	5 79,80 G
Thüringer Bank.	0 74,50 G
Weimar. Bank.	0 39,60 bzG
Wiener Unionab.	31/2 105,50 G

## In Liquidation.

Berliner Bank.	— fr. 6,00 G
Berl. Bankverein.	— fr. 38 Q
Berl. Wechsler-B.	— fr. 11,50 G
Centralb. f. Genos.	— fr. 17,00 G
Deutsche Unionsb.	— fr. —
Gwb. Schuster U. C	